

München, den 15. November 2007

## Ablauf Bürgerbegehren/Ratsbegehren

Datum	Ereignisse der letzten zwei Monate in Bezug auf Bürger-/Ratsbegehren „Contra Transrapid“
27. September	Pressekonferenz der Freien Wähler München. Michael Piazolo stellt Text eines Bürgerbegehrens gegen den Transrapid vor und kündigt an, dieses zurückzustellen und abzuwarten, ob Stadtratsmehrheit mit Ratsbegehren darauf eingeht.
27. September	Antrag von Johann Altmann, Stadtrat der Freien Wähler, im Stadtrat auf Erlass eines Ratsbegehrens.
28. September	Stellungnahme von OB Ude, der Ratsbegehren für erwägenswert hält.
9. Oktober	Strategietreffen des „Aktionsbündnisses contra Transrapid (AcT)“ unter Leitung des OB. Dieser befürwortet ein Ratsbegehren und stellt eine Formulierung vor, die der der FW entspricht.
19. Oktober	Sitzung des AcT im Landtag. Dort wird die Doppelstrategie Bürgerbegehren in München <u>und</u> Volksbegehren in Bayern beschlossen.
3. November	Großdemo in München. Auf dem Münchner Marienplatz kündigt der Stadtvorsitzende der FW Michael Piazolo an, dass in der ersten Novemberhälfte ein Rats- oder Bürgerbegehren auf den Weg gebracht wird.
5. November	Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Johann Altmann auf Entscheidung über Ratsbegehren für die Vollversammlung am 7. November.
6. November	Interview der SPD Stadträtin Lindner-Schädlich, in der sie ankündigt, dass ein Ratsbegehren aus Sicht der SPD nicht sinnvoll sei.
7. November	FW-Antrag, Ratsbegehren sofort oder am 28.11. zu behandeln, wird von der Rot-Grünen Rathausmehrheit abgelehnt. Verwaltung wird erst jetzt aufgefordert, in die Prüfung einzusteigen. Entscheidung, ob überhaupt ein Ratsbegehren ins Auge gefasst werden soll, wird auf den 19.12. verschoben.
9. November	In einem Interview macht OB Ude deutlich, dass Ratsbegehren für ihn nur von nachrangiger Bedeutung ist.
12. November	FW Stadtvorstand beschließt, möglichst bald mit dem Bürgerbegehren zu beginnen und Unterschriften zu sammeln.
15. November	Start der Unterschriftensammlung durch die Freien Wähler. Alle Partner des Aktionsbündnisses werden ermuntert, sich anzuschließen. ÖDP und Act signalisieren als Erste Zustimmung.